

Information der Stadt Bochum nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bei Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten	
Verantwortlicher	Stadt Bochum Der Oberbürgermeister Jugendamt – Familienpädagogisches Zentrum Erziehungsberatungsstellen Telefon: 0234 / 910-5137 E-Mail: CLimpert@bochum.de
Datenschutzbeauftragte/r	Frau Grahner, Telefon 0234/910-2052, E-Mail datenschutz@bochum.de
Zweck/e der Datenverarbeitung	<p>Zweck der Datenverarbeitung ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben der Jugendhilfe nach dem achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung nach § 17 - Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts nach § 18 Abs. 3, sowie Leistungsgewährung für Umgangsbegleitung - Erziehungsberatung nach § 28 - Soziale Gruppenarbeit nach § 29 - Beratung und Unterstützung der Eltern nach § 37 bei stationärer Unterbringung in der Jugendhilfe - Anonymisierte statistische Aufbereitung <p>Die Inanspruchnahme der Leistungen ist freiwillig. Sie kann anonym erfolgen. Es besteht keine Verpflichtung zur Angabe von personenbezogenen Daten.</p> <p>Für eine Beratung erheben wir in der Regel – soweit die Beratung nicht anonym erfolgen soll -Stammdaten inkl. Kontaktdaten sowie weitere Angaben, die für die Beratung von Nutzen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Daten der Hilfeempfängerin/des Hilfeempfängers (junger Mensch/bzw. junge(r) Volljährige(r) bis zum 27 Lj.) wie z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum,-ort, Geschlecht/ Familienstand, Staatsangehörigkeit, ehelich, nichtehelich, Personensorgeberechtigte(r), Wohnort, Adresse, Schule/Klasse/Ausbildung. - Daten der Kindeseltern (bei Minderjährigen) wie z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum, gesetzliche Betreuung, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Beruf, Anschrift, Telefon-Nummer. - schriftliche Unterlagen, Testergebnisse oder Berichte
Wesentliche Rechtsgrundlage/n	Die personenbezogenen Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 lit. c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO i.

(sowohl materiell-rechtlich wie auch verfahrens- und datenschutzrechtlich)	v. m. §§ 17, 18, 28, 29, 37, 61 ff. SGB VIII, § 35 SGB I, § 67 bis 85a SGB X verarbeitet.
Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten	<p>Um unsere Beratungsprozesse einer ständigen Reflexion zu unterziehen, werden Fälle im multiprofessionellen Team mit anderen Mitarbeiter*innen besprochen, wenn und soweit Sie uns dazu von der Schweigepflicht untereinander entbinden.</p> <p>Personenbezogene Daten werden nicht an Dritte innerhalb oder außerhalb des Jugendamtes der Stadt Bochum weitergegeben, es sei denn, Sie haben eingewilligt bzw. uns von der Schweigepflicht entbunden oder es liegt ein in § 65 Abs, 1 Ziffer 2. bis 6. genannter Grund vor (Kinderschutz i. S. d. § 8a SGB VIII, Befugnis nach den Voraussetzungen des § 203 StGB)</p> <p>Eine Übermittlung anonymisierter Daten erfolgt auf der Grundlage des § 98 ff. Achten Sozialgesetzbuches – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BstatG) an die statistikführenden Stellen.</p>
Dauer der Speicherung	Beratungsdokumentationen werden nach einer Aufbewahrungsfrist von einem Jahr nach Beratungsabschluss vernichtet. Testdiagnostik sowie Anträge auf Umgangsbegleitungen nach § 18 SGB VIII werden spätestens nach 10 Jahren vernichtet. Hier beginnt die Aufbewahrungsfrist mit Ablauf des Jahres, in dem das letzte Schriftstück zur Akte geschrieben wurde. Bis zur Vernichtung unterliegen die Unterlagen weiterhin der Schweigepflicht. Auf Ihren Wunsch hin können die Unterlagen auch sofort nach Beendigung der Beratung vernichtet werden. Dokumentation in Fällen von Kindeswohlgefährdungsmeldungen wird 30 Jahre aufbewahrt. Diese darf nicht auf Ihren Wunsch hin vernichtet werden.
Rechte der betroffenen Person	<p>Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrensrechtlichen Bestimmungen • Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung • Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände • Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen

Zuständige Aufsichtsbehörde

Landesbeauftragte für Datenschutz und
Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 38424-0
Fax: 0211 38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de
Web: www.ldi.nrw.de